



Schröder, Stoiber

EU-ERWEITERUNG

Stoiber will Beitritte bremsen

Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber hat Bundeskanzler Gerhard Schröder aufgefordert, sich für eine Nachbesserung der EU-Beitrittsverträge mit Rumänien und Bulgarien einzusetzen. In einem Brief Stoibers an Schröder heißt es,

die Regeln für den Zugang von Arbeitnehmern und Unternehmen aus den Beitrittsländern in den europäischen Markt reichten nicht aus. Die Erfahrung nach der jüngsten EU-Erweiterung zeige, dass „Verwerfungen im Dienstleistungsbereich durch den Zuzug von Billiganbietern aus den mittel- und osteuropäischen Ländern“ nicht zu verhindern seien. Für Rumänien und Bulgarien müssten daher die Übergangsregeln auf weitere Branchen ausgedehnt werden. Dem SPIEGEL sagte der CSU-Vorsitzende, notfalls müsse der EU-Beitritt der beiden Länder verschoben werden. Die „schweren handwerklichen Fehler“ bei der ersten Runde der EU-Osterweiterung dürften sich auf keinen Fall wiederholen: „Der Kanzler kann nicht zu Hause über ausländische Billigarbeit für ein paar Kröten schimpfen und gleichzeitig in Brüssel das Tor für weitere Billigarbeiter aus Rumänien öffnen.“ Die Probleme nach dem Beitritt der zehn Länder im vergangenen Mai seien eine wesentliche Ursache für das Anwachsen antieuropäischer Stimmung. „Wenn die EU-Verfassung in Frankreich scheitert, kann man in Europa nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Dann muss die Erweiterungspolitik der Europäischen Union grundlegend überprüft und korrigiert werden“, sagte Stoiber.

MARCOURBANDE

NS-VERGANGENHEIT

Künast überprüft Mitarbeiter

Auch Landwirtschaftsministerin Renate Künast will nun die nationalsozialistische Vergangenheit ihres Hauses aufarbeiten. Auslöser ist die Debatte im Auswärtigen Amt um Nachrufe für Diplomaten mit NS-Biografie. Künasts Ministerium ehrte bislang verstorbene Mitarbeiter ohne Rücksicht auf deren Rolle im „Dritten Reich“. Ob der Verstorbene beispielsweise früher Mitglied der NSDAP war, sei bislang „nicht besonders geprüft“ worden, so eine Sprecherin. Künast ordnete daher an, vor einem Nachruf die Personalunterlagen künftig „auf Hinweise auf eine NS-Vergangenheit des Verstorbenen zu prüfen“. Zudem will sie die Geschichte des Vorläufers ihres Hauses, des „Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft“, erstmals systematisch von Historikern erforschen lassen.



Künast

H. SCHRÄCHT / ACTION PRESS

ATOMWAFFEN

FDP gegen Bomben

Den Abzug der amerikanischen Nuklearwaffen aus Deutschland verlangt die FDP. In einem Bundestagsantrag anlässlich der nächsten Monat in New York stattfindenden Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag monieren die Liberalen zudem, dass die Bundeswehr noch immer an den „Vorbereitungen zu einem Einsatz“ solcher US-Bomben beteiligt ist. Tatsächlich üben deutsche „Tornado“-Piloten im rheinland-pfälzischen Büchel weiterhin den Nuklearkrieg. Etwa 150 Atombomben lagern laut FDP-Papier in Deutschland. Sie befinden sich in Büchel und Ramstein unter amerikanischem Verschluss. Auch der belgische Senat drängte vergangene Woche einmütig auf den „schrittweisen“

Abbau der insgesamt knapp 500 US-Atomwaffen in Europa. SPD und Grüne nahmen derart konkrete Forderungen in ihren Bundestagsantrag zur Sperrvertragskonferenz allerdings nicht auf. Das Auswärtige Amt des Grünen Joschka Fischer und das Wehressort des Sozialdemokraten Peter Struck waren offenbar dagegen, weil sie keinen neuen Streit mit den USA wollen.



Nuklearwaffenattrappe am „Tornado“